

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17.
Gef. Ad. Schles, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr. Ede, Otto Nitsch, in Kirma J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure: für den innerpolnischen Theil: F. Hachfeld, für den übrigen redaktionellen Theil: E. R. Liebscher, beide in Posen.

Nr. 100

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Deutscher Reichstag.

44. Sitzung vom 8. Februar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel "Patentamt."

Abg. Bassermann (nl.) bemängelt, daß die in dem neuen Patentgesetz vorgelegten Verfallstermine auch für solche Patente gelten, die unter dem alten Patentgesetze genommen worden sind. Dadurch wären zahlreiche Personen, namentlich ausländische Patentnehmer geschädigt.

Geh. Rath Hauff erwirbt, daß die Zahlungsfristen in dem neuen Gesetze zwar etwas kürzer seien, daß aber eine Milderung dahin eingetreten sei, daß bei erfolgter Nichtzahlung zu dem bestimmten Endtermin eine Mahnung erfolge. Die Verwaltung habe sich angelegen sein lassen, die Interessenten von diesen Veränderungen in Kenntnis zu setzen, und sie habe verschiedene Publikationen in diesem Sinne erlassen. Nachdem Mahnungen vom Patentamt erfolgt seien, hätte keine Nachsicht mehr gegen die säumigen Zahler geübt werden können.

Abg. Dr. Langerhans (Frei. Volksp.): Die Absicht des neuen Gesetzes war gewiß eine wohlwollende. Wenn aber Patente die schon auf Grund des alten Gesetzes genommen sind, also Urkunden des Staates, erlösen sollen, wenn nicht die Zahlungsfrist des neuen Gesetzes innegehalten wird, so ist das eine Härte.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Der Vorredner ist im Irrthum. Die Patentverwaltung ist nach Lage der Gesetzesgebung gar nicht im Stande anders zu verfahren, denn der betreffende Paragraph des alten Gesetzes ist eben durch das neue Gesetz hinfällig geworden. Da jeder Patentinhaber gemahnt wird, wenn er nicht rechtzeitig bezahlt, so kann man auch gegen das Verfahren der Verwaltung nicht Billigkeitsgründe geltend machen.

Abg. Dr. Hammacher (nl.) beschwert sich über den burokratischen Geschäftsgang des Patentamts. Bedauerlich sei es, daß das Patentamt nur in beschränktem Umfange gutachtlche Anträge von Gericht und an die Staatsanwälte abgibt.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erwirbt, daß das Patentamt vor einigen Wochen angewiesen worden sei, mehr als bisher den Staatsanwälten mit Gutachten an die Hand zu geben.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kap. "Reichs-Versicherungsamt" beklagt

Abg. Schmidt-Berlin (S.-D.), daß die Unfallrentenberechtigten die Rente erst nach Ablauf der dreizehnten Woche erhalten. Ferner bringt Redner die lange Dauer der Entscheidung über die Rentenberechtigung zur Sprache. Die Untersuchungen dauerten oft ein halbes Jahr. Eine ganze Reihe von Streitigkeiten würden vermieden werden, wenn von vornherein die Berufsgenossenschaften die Rente höher abmessen würden. Die Vertrauensärzte, welche die Berufsgenossenschaften unterstützen, seien in ihren Urtheilen nicht immer objektiv, unter diesen Ärzten befinden sich eine Menge Proletarier, und je abhängiger die Leute sind, desto mehr lassen sie sich von Rücksichten auf diejenigen leiten, von denen sie abhängig sind. Beklagenswerth sei es auch, daß viele Streitigkeiten deswegen entstehen, weil keine Gewissheit vorhanden ist, welche Berufsgenossenschaft zuständig ist. Der Rentenberechtigte habe bei diesen Streitigkeiten das Nachsehen, da er warten müsse, bis die Entscheidung über die rentenverpflichtete Berufsgenossenschaft gefällt sei. Das Reichsversicherungsamt sei in seinen Urtheilen zu tolerant gegenüber den Berufsgenossenschaften, dessen Urtheile von jenem allzu oft bestätigt würden. Das gesammte Versicherungswesen müsse centralisiert und somit vereinfacht werden.

Geh. Rath v. Wödke: Die Schiedsgerichte sind auf Grund des Gesetzes zusammengezogen. Eine Garantie dafür, daß die Arbeitervertreter auch wirklich unabhängig sind, kann überhaupt nicht gegeben werden. Was die Zuständigkeit der rentenverpflichteten Berufsgenossenschaften anbetrifft, so geben wir zu, daß hier ein Mangel besteht. Aber es kann ja später eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden, welche das Verfahren im Falle des Zweifels über die zuständige Berufsgenossenschaft regelt.

Abg. Hüpeden (dl.) bringt die Wohnungsfrage in den großen Städten zur Sprache. Die bestehenden schlechten Wohnungsverhältnisse seien der Nährboden für die Sozialdemokratie. Wünschenswerth wäre es, daß die Invaliditäts-Versicherungs-Anstalten Gelder zum Bau von Arbeiterhäusern hergeben, wie dies schon die hannoversche Versicherungsanstalt gethan habe. Redner fragt die Regierung, wie weit die Versicherungsanstalten von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, ein Viertel ihres Kapitals für hypothekarisch sichere Baugelaber herzugeben.

Geh. Rath v. Wödke: Die Regierung hat für diese Frage die größte Aufmerksamkeit. Es sind bis jetzt über 4 Millionen für diese Zwecke hergegeben worden. Das Gesetz schreibt nur vor, daß die Gelder in papillarisches Sicherheit gegeben werden. Die Versicherungs-Anstalten müssen bei der Hergabe von Geldern sehr vorsichtig sein, sowohl in Bezug auf das Objekt, auf welches Geld gegeben werden soll, wie in Bezug auf die Personen, welche an der Spitze einer den Bau von Arbeiterhäusern bezeichnenden Genossenschaft stehen. Einen Zwang bezüglich der Kapitalanlage kann die Regierung auf die Versicherungsanstalten nicht ausüben.

Abg. Dr. Schönlaub (S.-D.): Die verschiedenen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zeigen so große Differenzen zwischen der Zahl der ganz oder teilweise dauernd Erwerbsunfähigen und den vorübergehend Erwerbsunfähigen, daß die Regierung doch Aufschlüsse geben müßte über die Art, wie die Statistik aufgestellt würde. Das Verhältnis zwischen Ost- und Westpreußen zeigt sogar eine große Differenz, und noch größer ist sie zwischen Ostpreußen und der Provinz Sachsen. In dem gebirgigen Sachsen ist die Zahl der dauernd Erwerbsunfähigen geringer als in dem flachlande Preußen. Wenn man nicht etwa annimmt, daß die Leute in Sachsen eine bessere Heilpflanze haben, so werden die Differenzen wohl auf die verschiedenen Methoden der Beamten der Berufsgenossenschaften zurückzuführen sein. Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts hat sich bisher bei der Arbeiterchaft großer Sympathien erfreut, aber es scheint, daß sich die Tendenzen

der Rechtsprechung ändern wollen in Folge des Formalismus, der dadurch einreicht, daß mehr Juristen als Aerzte und Nationalökonomen die Entscheidung in der Hand haben. Bezeichnend für die jetzige Praxis des Reichsversicherungsamts ist die Bestätigung einer Entscheidung der Berufsgenossenschaften in folgendem Falle: Eine Person, die mit einer leichten geistigen Anomalie behaftet war, wurde nach einem Unfall ganz geisteskrank. Die Berufsgenossenschaft entschied nun auf Grund eines Gutachtens, daß die betreffende Person nur eine verkürzte Rente erhalten solle, weil sie auch ohne Unfall in einem Jahre vollständig geisteskrank geworden wäre. So lange der jetzige Präsident an der Spitze des Reichsversicherungsamts steht, ist ja nicht zu befürchten, daß die Verhältnisse der Rechtsprechung eine zu scharfe juristische Wendung nehmen, aber man muß auf das Prinzip und nicht auf die Person schen.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erklärt, daß das Reichsversicherungsamt seine Entscheidungen selbstständig ohne jede Beeinflussung treffe. Die Regierung habe keine Einwirkung auf das Reichsversicherungsamt.

Abg. Röske (nl.) regt die Einrichtung eines Unfallverhütungsmuseums an und nimmt die Entscheidungen der Berufsgenossenschaften gegenüber den Angriffen der Sozialdemokraten in Schutz. Die Entscheidungen seien durchaus sachlich, und durchschnittlich nur ein Fünftel derselben erfährt eine Ansehung. Das Unfallversicherungsgesetz kostet die Unternehmer viel Geld. Man denkt nur an die Unfallverhütungsmakeln, welche die Unternehmer noch einzuführen hätten. Daß die Unternehmer in dieser Hinsicht bereits sehr viel geleistet haben, beweist die Abnahme der schwersten Unfälle. Die Berufsgenossenschaften müßten sich bei ihren Entscheidungen auf ein ärztliches Gutachten stützen. Der Vertrauensarzt erhält in der Regel kein Pauschalquantum, sondern werde von Fall zu Fall bezahlt. Mit ihren Anträgen gegen die Berufsgenossenschaften seien die Sozialdemokraten auf dem Holzweg.

Abg. Wurm (Sozd.): Der Vorredner scheint nicht zu wissen, welche Formalitäten und Schreibereien eine Berufung kostet. Die meisten Berufungen veranlassen wir Sozialdemokraten, wie ich mit Stolz sagen kann. Die Leute kommen zu uns persönlich und auf die Redaktionen, und wir helfen ihnen. Bei den ärztlichen Untersuchungen geht es auch nicht immer reinlich und zwecklos zu. Die Vertrauensärzte sind keineswegs so unparteiisch, wie es der Herr Vorredner darstellen möchte. Sehen Sie sich doch einmal die zahlreichen Opfer vom Schlachtfeld der Industrie an, welche für Sie die Millionen haben zusammenscharen müssen. Ein großer Theil der Unfälle röhrt, wie der badische Fabrikinspektor Dr. Wörthshofer betont, daher, daß ungelernte von der Straße aufgelaufene Arbeiter verwendet werden. Nur in den wenigen Fällen beruhen die Unfälle auf Unvorsichtigkeit und Fahrlässigkeit der Arbeiter, in den allermeisten Fällen beruhen sie auf Abspaltung in Folge zu langer Arbeitszeit, Überarbeit und schlechter Lohnung, die eine kräftige Nahrung nicht gestattet. Bei neuen Fabrikanlagen müßte der Fabrikinspektor gutachtlch darüber gehört werden, ob die nötigen Schutzmaßregeln vorhanden sind.

Abg. Ulrich (S.-D.) hebt hervor, daß die Sozialdemokraten stets dafür eingetreten seien, daß die Unternehmer die gesamten Kosten der Versicherungspflicht zu tragen hätten von dem Tage an, wo sich der Unfall ereignete und nicht erst von der vierzehnten Woche nach dem Unfall an. Die sozialdemokratische Partei trete auch dafür ein, daß die Gelber der Versicherungs-Anstalten zur Linderung der Wohnungsnöthe verwendet werden, aber es müsse gesetzlich unmöglich gemacht werden, daß die Summen der Spekulation zu Gute kommen, daß findige Unternehmer das Fett abschöpfen.

Abg. Dr. Schönlaub befindet gegenüber dem Abg. Röske, daß die Zustände in den Berufsgenossenschaften so rosig seien. Die hohe Zahl der Unfälle, welche namentlich die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu verzeichnen haben, beweise das Gegenteil.

Abg. Röske erwirbt, daß er nur von einer Abnahme der schwersten Unfälle gesprochen habe.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei der Forderung von 18 600 000 M. für den Nord-Ostsee-Kanal bemerkt auf eine Anfrage des Abg. Vorren (Frei. Volksp.)

Staatssekretär Dr. v. Bötticher, daß für genügende Sicherheitsmaßregeln auf dem Nord-Ostsee-Kanal gesorgt werden würde.

Abg. Leuzmann (Frei. Volksp.) wünscht, daß den Reichstagsmitgliedern Gelegenheit gegeben werde, den Nordostseekanal zu besichtigen.

Damit ist der Etat des Reichsamts des Innern erledigt.

Es folgt die Wiederholung der Abstimmung über den Antrag Gröber zur Unterstützungswohnsitz-Novelle. Die Sitzung mußte in vorheriger Woche wegen Beschlussfähigkeit des Hauses abgebrochen werden. Der Antrag definiert den Begriff "Angehörige" in der Bestimmung, daß derjenige, der sich der Unterhaltungspflicht entzieht, bestraft werden soll, dahin, daß darunter Ehegatten, Eltern und Kinder verstanden werden sollen.

Der Antrag Gröber wird abgelehnt und der Vorschlag der Regierung, in dem nur von "Angehörigen" gesprochen wird, angenommen mit einem Amending Molkenbuhr, wonach als Strafe für eine Vernachlässigung der Unterhaltungspflicht nicht Korrektionshausstrafe, sondern Haft- und Geldstrafe festgelegt wird.

Das Gesetz im Ganzen wird in dieser Form endgültig angenommen. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Post statt).

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
12. Sitzung vom 8. Februar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs über die Landwirtschaftskammern wird fortgesetzt.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Amonen-Expeditionen und Post, Kaufleute & Co., Invalidenbank. G. L. Daube & Co., Invalidenbank.

Berantwortlich für den Inseratentheil:
J. Flugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

1894

Inserate, die schriftgestaltete Beiträge über deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, weisen in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

Abg. Frhr. v. Erffa (cons.): Man darf der Vorlage weder zu optimistische Hoffnungen, noch zu pessimistische Befürchtungen entgegentragen. Wenn die Vorlage in der Kommission vereinfacht und in der von unseren Rednern angedeuteten Richtung umgearbeitet wird, so kann etwas Brauchbares zu Stande gebracht werden. Der Entwurf ist doch etwas mehr als der Rath, den uns der Reichskanzler gegeben hat, 50 Proc. Abschreibungen zu machen. Ich habe niemals so recht den Rath an den Gläubiger in der heiligen Schrift verstanden, dem Schulnarr einen Theil seiner Schulden zu erlassen, noch unverständlich aber war mir der Rath, daß die Grundbesitzer vom Werth des Grundstückes 50 Proc. abschreiben sollen. Der Gedanke der Amortisationsrenten ist ein gutes, aber durchgeführt kann er nur werden, wenn die Landwirtschaft so prosperirt, daß sie neben den Zinsen noch die Amortisationsrente bezahlen kann. Es wird sich also in erster Linie darum handeln, die Landwirtschaft prosperieren zu lassen, damit sie ihre Schulden abstoßen kann. Daß der Führer der freikirchlichen Partei, der neuen Ordnungspartei im Reichstage, Abgeordneten Richter und Richter, sich gegen die Vorlage wenden, war mir von vornherein klar. Ich will nicht so unfreundlich sein, dem Abg. Richter vorzuwerfen, daß er aus Interesse für die Börse die Vorlage bekämpft, sondern er ist vor allem wohl dagegen, weil er weiß, daß ein auf seiner Scholle festgewachsener Grundbesitz das beste konervative Element ist. Der Abg. Richter hat auf den russischen Handelsvertrag einen Lobhymnus gesungen und gemeint, der vorgeführte Tag werde in der preußischen Geschichte angestrichen werden. Ich glaube, in der Geschichte der Landwirtschaft wird er schwarz angesehen werden. Abg. Richter hat bei seiner Begründung, der kleine Mann könne keinen Grundbesitz erwerben, das Rentengütergesetz vergessen, das doch lediglich für den kleinen Mann gemacht ist. Die Frage des Anerbenrechts ist wegen der möglichen Benachteiligung der jüngeren Geschwister schwer zu lösen, aber den einen Vortheil hat dieses Erbrecht, weil dadurch wenigstens ein Theil des Bauernstandes auf seinem Besitzthum festgehalten wird. Abg. Richter fragt, woher die Regierung die Mittel für ihre weltanschauenden Blätter zur Regulirung des landwirtschaftlichen Kredits nehmen soll? Ich kann ihm eine Quelle sagen: die ungeheueren Bestände der Invaliditäts-Versicherungsanstalten. Wenn man aus diesen Geldern Arbeiterhäuser bauen kann, so kann man dieselben auch an die Landwirthe zu 2 Proc. hergeben. Die Landschaften beladen nicht blos den Großgrundbesitz. Wenn Abg. Richter meint, 10 Mark freiwilliger Beiträge seien ihm lieber als 20 Mark Steuer, so unterschreibe ich das. Aber die 10 Mark werden eben nicht bezahlt. Die landwirtschaftlichen Centralvereine sind heute nicht einmal im Stande, die Ausgaben für ihre eigene Geschäftsführung zu decken. Es bleibt daher nur übrig, die faulen Landwirthe, die nicht mitarbeiten wollen, zur Zahlung anzuhalten. Die Staatsabventionen, welche die landwirtschaftlichen Centralvereine erhalten, müssen zu bestimmten, von der Regierung bezeichneten Zwecken verwendet werden; darin liegt eine Beschränkung der Vereine. Abg. Buttkamer hat mit seiner Angabe, daß er nicht wüßte, wie er Grunderwerb verwenden soll, die dem westpreußischen Centralvereine noch mehr überwiesen werden, wohl nur einen Scherz gemacht, oder er steht der Aufgabe der Centralvereine sehr enge Grenzen. Die Beiträge zu den Landwirtschaftlichen Centralvereinen sind keine Steuern, sondern eine gute Kapitalanlage, wenn z. B. Versuchstationen angelegt werden; dann könnten Prüfungen mit landwirtschaftlichen Produkten gemacht, und es könnte der Schwund aufgedeckt werden, der z. B. mit künstlichem Kleefamen und künstlichem Dünger getrieben wird. Der Bauer, auf den sich Abg. Richter bezieht, wird wahrscheinlich ein Millionenbauer von Schöneberg sein. Was den Bund der Landwirthe betrifft, so sollte derselbe sich jeden Landbauten auf seine Person, Vergangenheit und Charakter ansehen. Ich begreife nicht, wie sich die nationalliberale und freikirchliche Presse über das imperiale Mandat so füllisch entrüsten kann. Jedes Fraktions- und Parteiprogramm enthält ein imperiales Mandat. Was hätte wohl Abg. Richter gethan, wenn einer seiner Parteigenossen nach den letzten Reichstagswahlen für die Militärvorlage bestimmt hätte. Entweder hätte man den Betreffenden aus der Fraktion hinausballotiert, oder ihn zur Niederlegung seines Mandats veranlaßt. Wir verzweifeln nicht, sondern wir kämpfen ehrlich, so lange wir noch Boden unter den Füßen haben. (Beifall rechts.)

Abg. Conrad-Plez (Cir.) erklärt, er würde gegen die Handelsverträge nichts einwenden, wenn die Regierung eine internationale Regelung der Währungsfrage herbeiführe. Es ist missverständlich, ob aus dem Entwurf für die Landwirtschaftskammern etwas Brauchbares herauskommen werde. Wenn er nach Hause käme und nichts mitbringe als neue Steuern, so würde man ihm sagen: dann hättest Du auch in Berlin ölfallen können. (Gefecht und Beifall.)

Abg. Graf Hönsbroch (Cir.) erkennt an, daß der Entwurf die Landwirtschaft organisch zusammenfassen wolle in der Richtung, daß an die Stelle des römischen Rechts, das so sehr geschadet habe, das christlich-germanische treten solle. Die landwirtschaftlichen Centralvereine hätten ja Christliches geleistet, aber sie seien nur Notbehelf gewesen und ohne gesetzliche Unterlage. Die Landwirtschaft habe bisher in Baracken gewohnt, jetzt solle ihr ein festes Haus gegeben werden. Zwischen der liberalen Auffassung des Abg. Richter, der gemeint habe, es sei ein alter verborgerter Gedanke, die Stände organisch zusammenzufassen, und der christlich-germanischen Ansicht sei ein großer Gegensatz. Nach christlicher Ansicht sei das Individuum zusammengehörig mit dem Ganzen, deshalb müßten die Individuen in Ständekorporationen zusammengefaßt werden. Der zweite große Gedanke sei die Schaffung eines Agrarrechts. Die Verschuldungsfrage harre der Erledigung. Der Hauptgrund der Verchuldung des Grundbesitzes sei der, daß man Grundbesitz und Kapital gleich behandelt habe, die doch ganz verschiedener Natur seien. Eine Umänderung der Hypothekengeschuld in die Rentenschuld werde ja manche Schwierigkeiten mit sich bringen. Aber wenn die Operation in der richtigen Weise gemacht werde, werde sie auch gelingen.

Vor einer Neuordnung des Erbrechts braucht sich niemand bang machen zu lassen. Das Wahlrecht müsse allerdings von Grund auf geändert werden. Jede künstliche Trennung zwischen Groß- und Klein-Grundbesitz müsse vermieden werden. Das Ergebnis der letzten Wahl in Schlesien röhre nicht her aus einem Gegen-

Job gegen den Großgrundbesitz, sondern gegen die konservative Gesinnung der größeren Besitzer. (Sehr richtig! im Centrum.)

Abg. v. Bockelberg (ton.) sieht in der Vorlage einen ersten Wechsel auf die Zukunft. Der Grundgedanke werde von seinen Freunden als durchaus richtig erkannt. Hoffentlich werde die Vorlage so umgestaltet, daß die Organisationen werde funktionieren können. Die Leistungen der landwirtschaftlichen Centralvereine seien nicht bedeutend, nur auf technischem Gebiet hätten sie etwas geleistet. Die landwirtschaftlichen Vereine können sich nicht von dem Landrat emanzipieren. Der Landrat habe dasselbe Recht wie andere Leute. In den landwirtschaftlichen Vereinen seien nicht nur praktische Landwirthe, sondern auch Kaufleute, Aerzte etc. Solle aber eine landwirtschaftliche Bildung nötig sein, um über landwirtschaftliche Fragen zu urtheilen, dann müsse das auch geltend gemacht werden gegenüber denjenigen Parlamentarier, die sich so abfällig über die Bestrebungen des Landwirthe äußerten. (Bukumming rechts.) Dem Minister gebühre für die Einbringung dieses Entwurfes Dank.

Die B e s p r e c h u n g wird nunmehr geschlossen.

Persönlich bemerkte

Abg. Rickert (Fis. Bg.) gegenüber dem Abg. Frhr. v. Erffa, der Bauer, auf den er sich berufen habe, sei professioneller Landwirt aus der Mark.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verweisen.

Der Nachweis über die Verwendung des Dispositionsfonds im Extraordinarium des Staats der Eisenbahnverwaltung für 1892/93 wird der Budgetkommission übertragen.

Die Mitteilung des Finanzministers und des Ministers der öffentlichen Arbeiten, betreffend die Ergebnisse der im Jahre 1886 bewillten Umwandlung von Prioritätsanleihen verstaatlicher Eisenbahnen in festsolidare Staatsschuld wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die erste Berathung des Vertrages zwischen Preußen und Lübeck, betreffend den Elbe-Trave-Kanal, und des Entwurfs, betreffend die Gewährung eines Beitrages Preußen zu den Kosten der Herstellung dieses Kanals.

Abg. Schreiber (Nordhausen, st.) hat Bedenken über die Höhe der Kosten, die Preußen für den Kanal belzutragen hat, und fürchtet von der Herstellung des Kanals eine Benachteiligung von Rigaburg. Er empfiehlt die Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Wentorp (st.) ist der Ansicht, daß Preußen bei dem Vertrag ein gutes Geleicht mache. Deshalb werde es möglich sein, das Projekt bald zur Ausführung zu bringen. Die Stadt Rigaburg habe peritomt, daß der Kanal über Rigaburg gelegt werde. Sei das nicht möglich, so müsse wenigstens ein Kanal nach Rigaburg führen. — Nebner empfiehlt die Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Minister für öffentliche Arbeiten Thielen: Ich empfehle das vorliegende Projekt dem hohen Hause auf das Wärmste. Seine Durchführung ist notwendig im Interesse eines weiten Länderecks in Preußen, sowie zur Erhaltung der alten Handelsstadt Lübeck, die ohne diese Wasserstraße ihre alten Handelsbeziehungen nicht aufrecht erhalten kann. Nach Fertigstellung des Nord-Ostsee-Kanals würde die Frage für Lübeck brennend. Es nahm deshalb die früher abgebrochenen Verhandlungen mit Preußen wieder auf. Preußen wird 750000 M. zu den Herstellungskosten beitragen. Die Höhe der Summe erklärt sich aus dem Interesse, das Preußen an dem Kanal hat. Nun wünscht Rigaburg, daß der Kanal über diese Stadt geführt werde. Einmal hat Rigaburg auch bis jetzt eine nur für kleinere Boote schiffbare Straße bis Lübeck gehabt. Sodann erfordert die Führung des Kanals über Rigaburg eine Schleuse bei Rigaburg. Die Kosten von 800000 M. für diese Schleuse würden in seinem Verhältnis zu dem Verkehr zwischen Rigaburg und Lübeck stehen, der nur zwischen 1800—2100 Tonnen jährlich schwankt.

Abg. Brömel (Fris. Verein.): Nachdem Hamburg durch den Nord-Ostsee-Kanal viel gewonnen hat, ist es um so gerechtfertigter, daß Lübecks Handelsbeziehungen durch den Elbe-Trave-Kanal eine Stütze erhalten. Ohne weitgehende Verbesserungen unserer Wasserstraßen wird es in Zukunft überhaupt nicht abgehen. Die Regierung möge alles thun, was zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Ostseehäfen notwendig ist. Ich wünsche, daß das vorliegende Projekt von der Kommission thunlichst beschleunigt werden möge.

Abg. Schwedendorf (not.-lib.) wünscht, daß der westlichen Industrie ein direkter Zugang zu den Ostseehäfen geschaffen werde.

Abg. Dünkelberg (rat.-lib.) führt aus, daß eine Kanalisierung der Elbe notwendig ist, wenn der Zweck des Elbe-Trave-Kanals, der in einer Tiefe von zwei Meter beabsichtigt ist, erreicht werden soll.

Geheimrath Keller erklärt, daß der Zustand der Elbe zu Beforschnissen keinen Anlaß gebe. In Schlaftrichter habe man sich gegen die Notwendigkeit einer Kanalisierung der Elbe ausgesprochen.

Abg. v. Lucke (ton.) stimmt trotz erheblicher Bedenken der Höhe des Beitrags seitens Preußens zu. Die Gebührenfrage werde noch in nähere Prüfung gezogen werden müssen.

Finanzminister Dr. Miguel führt aus, daß, wenn die Gebühren auf den märkischen Wasserstraßen erhöht werden, Preußen das Recht habe, auch die Gebühren auf dem Elbe-Trave-Kanal zu erhöhen. Wenn dagegen die Gebühren auf den märkischen Wasserstraßen ermäßigt werden, hat Preußen nicht das Recht, sie ohnes Weiteres auf dem Elbe-Trave-Kanal zu ermäßigen. Das Verhältnis zwischen Preußen und Lübeck wird in loyaler Weise stehen.

Abg. Gothein (Fris. Bg.) führt Beschwerde über die Höhe der Gebühren auf den königlichen Wasserstraßen. Die Frage müsse bei Gelegenheit dieser Vorlage geregelt werden.

Geheimrath Lehmann erklärt, daß die Frage, ob die Gebühren nach der Ladungsfähigkeit der Schiffe oder nach der effektiven Ladung erhoben werden müssen, noch einer Erörterung unterzogen werde.

Abg. Dr. Hammacher (nl.) steht in dem Bau des Elbe-Trave-Kanals einen Erfolg für Lübeck, das durch den Bau des Nordostseekanals einen Ausfall gehabt hat. Außerdem werde mit dieser Wasserstraße das östliche Ostland in der Kanalreihe vom Westen nach dem Osten hergestellt.

Minister Miguel führt aus, daß die Höhe der Gebühren nicht einheitlich durch Gesetz festgestellt werden könne.

Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr (Interpellation Knebel, betreffend Begnadigung wegen Forstfrevels; Sekundärbahngesetz.)

Schluss 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 8. Febr. Wie wir hören, hat in der gestrigen Abendsitzung der Freien Wirtschaftlichen Vereinigung zu den Rednern gegen den russischen Handelsvertrag auch Graf Bismarck gehört.

△ Berlin, 8. Febr. Die "Kreuzzeitung" führt den Kampf gegen den Handelsvertrag auch heute mit so stumpfen Waffen, daß man in der That über diesen

Absall von der früheren, oft sehr geschickten Methode erstaunen muß. Was die "Kreuzzeitung" vorbringt, ist schlechtweg subalter, sowohl im "Gedanken" wie in der Dürftigkeit der verlegenen Ausdrucksweise. So meint das Blatt, es seien „nur 140 mehr oder minder unerhebliche Zollermäßigungen und keinerlei Zollbindungen zu finden.“ Beides ist direkt falsch, zuerst die Zahl und dann, daß keinerlei Zollbindungen stattgefunden hätten. Es sind ihrer mindestens zehn; der Verfasser des Kreuzzeitungsartikels muß also den Vertrag schlecht gelesen haben. Höflich aber ist das „nur“. Der Schreiber hat sich gar nicht die Mühe genommen, nachzuheben, wie viel Positionen der russische Zolltarif zählt. Er würde gefunden haben, daß es 218 sind, keine darüber und keine darunter. Wenn hier von 139 gebunden worden sind (wozu die 22 des russisch-französischen Vertrages hinzutreten), so ist es bei nahe grober Unfug, zu sagen, daß „nur“ so und so viel, eigentlich nichts, erreicht worden sei. Die Kampfesart der „Kreuztg.“ ist als Anzeichen für die Katholosigkeit der Gegner in hohem Maße bemerkenswert. Abgesehen vielleicht noch vom „Reichsboten“ (den wir nicht regelmäßig lesen) ist die „Kreuztg.“ das einzige Blatt im ganzen Reich, das fortwährt, den russischen Handelsvertrag in der abgestandenen Manier von gestern zu befürworten.

— Ueber die Rede des Präsidenten von Levezow bei dem parlamentarischen Diner in dem Reichskanzlerpalais wird der „Köln. Volksztg.“ aus Berlin berichtet:

Herr von Levezow, welcher dem Kaiser ungefähr gegenüber saß, schlug einen ungleich entschiedeneren Ton als Herr von Kromerowski an, um seine Bedenken gegen den Vertrag zum Ausdruck zu bringen, sodass seine Stimme, trotz den Klängen der Musikk, welche ununterbrochen spielte, auch in den Nebenräumen gehört wurde. Man elste in möglichst unauffälliger Weise herbei, um etwas zu erlauschen und überhaupt Zeuge des Vorgangs zu sein. Herr von Levezow hatte sich, entgegen der Gewohnheit der übrigen Theilnehmer an der Unterhaltung, erhalten und schätzte unter lebhaften Handbewegungen die militärische Lage der Landwirtschaft, welche in der Gesetzgebung im Allgemeinen und insbesondere in den Handelsverträgen zu kurz gekommen sei. Es sei eine längere wohlgezogene Rede gewesen, welche der Reichstagspräsident und zwar mit einem an ihm sonst nicht bestehenden Feuerfrieren hielt; wenigstens auf dem Präsidialstuhl im Reichstage erschien Herr von Levezow nicht entgegen. Uebrigens sei nach Ansicht aller Sachverständigen die Prügelstrafe dort nicht zu entbehren, unter Umständen sogar durchaus gerechtfertigt. Es sei sofort ein Beamter zur Untersuchung der Thatsachen nach Kamerun entsandt worden und bereits eingetroffen. Von Ergebnis der Untersuchung hängt das weitere ab. Levezow sei auch keineswegs zu jung und bereits 2½ Jahre in der Kolonie. Früher sei er sogar als ein zu milder Beamter bezeichnet worden. — Nachdem Webel sich in schäffter Weise gegen Levezow geäußert, wird die Berathung auf Freitag vertagt.

* Berlin, 8. Febr. Die Wahlprüfungskommission hat die Wahl des Abg. Grafen Bismarck-Schönhausen (S. Magdeburg) beanstandet und über die behaupteten behördlichen Beeinflussungen die Erhebung der im Wahlprotest angetretenen Beweise beschlossen.

Aus dem Gerichtssaal.

* Berlin, 8. Febr. Zum Kapitel der Ausreden vor Gericht lieferte am Donnerstag der Arbeiter Seelig vor der 133. Abtheilung des Berliner Schöffengerichts einen neuen Beitrag. Seelig wurde eines Abends von einem anderen Arbeiter gebeten, ihm beim Umzug beihilflich zu sein. Er war dazu bereit, folgte seinem Auftraggeber nach dessen Wohnung und erhielt hier einen Sac mit Bettw und Kleidungsstücken mit der Weisung, denselben nach einem genau bezeichneten Hause in einer benachbarten Straße zu tragen. Der Umziehende sollte bald darauf mit anderen Sachen folgen. Seelig war in der neuen Wohnung nicht eingetroffen und blieb mit den Sachen verschwunden. Nach einiger Zeit traf der Geschädigte den Seelig auf der Straße. Derselbe hatte das Jackt und Halstuch an, welche sich in dem ihm anvertrauten Sac befunden hatten. Vor Gericht ließ der Angeklagte sich nur dahin aus, daß er völlig unschuldig sei. Er habe die Nummer des Hauses, woher er den Sac tragen sollte, vergessen und ebenso wenig die alte Wohnung wieder finden können. Nachdem er eine Zeitlang mit der Last auf der Straße umhergeirrt sei, habe er es für richtig gehalten, die Sachen nach seiner eigenen Wohnung zu tragen. Um nun aber dem Eigentümer Gelegenheit zu geben, ihn zu entdecken, habe er es für das Beste gehalten, dessen Kleidungsstücke anzuziehen, bei einem zufälligen Zusammentreffen würde er dann leicht zu erkennen sein. Er habe sich doch gewiß als ehrlicher Mann erwiesen. So der Angeklagte Seelig. Die Schöffen lächelten. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 2 Wochen Gefängnis.

* Hannover, 8. Febr. Der Prozeß Katenstein und Genossen wegen der auf dem Werkstätten-Bahnhofe Leinhausen verübten großen Unterkunft wurde dem Schwurgerichte überwiesen, weil außer der Benachteiligung des Eisenbahnschlusß Bücherfälschung angenommen wird. Die Verhandlung hat gestern den ganzen Tag und heute mehrere Stunden in Anspruch genommen. Es waren 36 Zeugen und 6 Sachverständige geladen.

Vermissenes.

* Aus der Reichshauptstadt, 8. Febr. Mit dem Bau der elektrischen Hochbahn hoffte man vor Jahresfrist in diesem Frühjahr beginnen zu können; jetzt aber ist wenig Aussicht vorhanden, daß vor 1895 die Arbeiten in Angriff genommen werden. Die ausführende Firma wartet, nach früheren Mitteilungen, nur auf das erlösende Wort: Vormärz. Sie kann nicht eher zu arbeiten beginnen, bis sie die Konzession unter dem Kleinbahngesetz erhalten hat. Dazu ist aber noch wenig Aussicht.

Der Biggarhändler Kochau hat ein Geständnis abgelegt. Sein Geschäft sei so schlecht gegangen und er habe sich in so gedrückter Lage befunden, daß er auf den Gedanken der Brandstiftung gekommen sei, da er geglaubt habe, sich mit den 1400 Mark, mit denen die Ladeneinrichtung und Vorräthe verichert gewesen, helfen zu können. Seine Frau, die von dem Plane nichts wußte, habe er fortgeschickt. Nachdem er um 10 Uhr die Rolladen heruntergelassen, habe er Papierdüten zusammengelegt und in Brand gesetzt. Dann habe er sich mit einem Messer, das zugleich mit anderen auf dem Ladenstisch lag, die Verlegungen an der linken Brust beigebracht, sei in den Keller gestiegen, und dabei sei ihm die Falltür auf den Kopf gefallen. Die Kopfverletzungen habe er sich nicht absichtlich beigebracht. Das Aufschlagen der Thür habe ihn betäubt, sodass er die letzten Stufen der Kellertreppe hinabgestürzt sei.

Ein Schwindler in Husarenuniform, der es auf wohlhabende Bauerngüterbesitzer der Umgegend Berlins abgesehen hat, wird von der Kriminalpolizei gesucht. Am vorigen Sonntag erschien im Dorfe Schwanebeck bei dem Eigentümer W., dessen Sohn bei dem Stendaler Husaren dient, ein Unteroffizier jener Truppe und theilte Herrn W. mit, daß sein Sohn in einem Lokal der Garnison eine Spielfigur im Wert von 450 Mark zertrümmt habe und deshalb im Arrest stehe. Der Wachtmeister wolle jedoch die Sache unterdrücken, falls W. das Geld zum Ersatz des Schadens durch ihn, der ein Freund seines Sohnes sei, schaffe. W. erklärte nun dem Unteroffizier, daß er selbst nach Stendal fahren werde, und beide begaben sich nun mit Fuhrwerk nach Berlin, um von hier aus den nächsten Zug zu benutzen. Vor dem Abgang des Jungen verstand aber der Unteroffizier sich unsichtbar zu machen, und als der Vater in Stendal ankam, erfuhr er von dem Wachtmeister, daß die ganze Sache ein Schwindel und der angebliche Unteroffizier ein Gauner gewesen war, der die 450 Mark dem Bauerngüterbesitzer hatte ablocken wollen. Der Beiträger hatte vorher bei dem Besitzer G. in Lindenbergs, dessen Sohn in Rathenow bei den Husaren dient, einen ähnlichen Schwindel verübt.

Eine eigenartige Lösung erfuhr in vorheriger Woche ein Unfall, der vor zwei Jahren etwa in Wroclaw aufgetreten war. Damals verschwand unter Zurücklassung einer nicht unbedeutenden Schuldenlast und seiner jungen Frau ein

Kaufmann, und mit ihm verließ die Frau eines seiner Lieferanten, eines Großstiftes, das Haus ihres Gatten; Nachforschungen ergaben, daß das Paar sich nach der neuen Welt gewendet hatte. Die beiden zurückgebliebenen Gatten leiteten die Scheidungsklage ein; die verlassene, in hilfloser Lage befindliche Frau wurde edelmütig durch den Großstifter unterstützt. So kam es, daß sie die Ordnung ihrer Verhältnisse ihm anvertraute und — daß in voriger Woche die Trauung des Paares stattgefunden hat.

Ein frecher Raub anfall ist am Mittwoch in der Nähe des Schlesischen Bahnhofs auf ein polnisches Dienstmädchen ausgeführt worden, das in der Absicht eine Stellung zu suchen nach Berlin gekommen war. Das Mädchen hält in der Hand eine Börse, in der sich 13 Mark befanden, und unter dem Arm ein Portefeuille, das Ausweispapiere und Kleidungsstücke enthielt. Ein Unbekannter im Alter von etwa 30 Jahren näherte sich dem Mädchen, bewußte es in ein Gespräch und machte im Laufe desselben dem Mädchen einen Heiratsantrag, erbot sich sofort mit ihr in die Heimat zurückzureisen und dort den ehelichen Bund zu schließen. Dieses stürmische Vorgehen fand kein Entgegenkommen und der Antrag wurde abgelehnt. Da versetzte der Mann dem Mädchen plötzlich einen Faustschlag in das Gesicht. Das Mädchen taumelte zurück und der Unbekannte entzog ihr die Börse, indem er ihr die Finger, mit denen das Mädchen den Geldbeutel umklammert hielt, ausbrach. Er entzog dem Mädchen auch das Portefeuille und es gelang ihm zu entkommen, da sich zur Zeit nur wenige Leute in der Nähe befanden.

In einer Feuergefahr schwieben am Donnerstag Vormittag um 11 Uhr die drei jugendlichen Kinder des Vogelhändlers Hertel, die man in der verschlossenen Wohnung im dritten Stock des Hinterhauses der Wilhelmstraße 17 allein zurückgelassen hatte. Das älteste der Kinder, ein 4jähriges Mädchen, hatte in einer dunklen Hinterstube, um beim Reinmachen ihrer Puppenstube besser sehen zu können, Licht anzünden wollen und dabei Bettwolle und Kleidungsstücke in Brand gelegt. Der Schreck hatte alle drei so gefangen, daß sie ohne einen Laut von sich zu geben, in dem brennenden Zimmer verblichen, in dem die Flammen schnell um sich griffen. Der aus den Fenstern dringende, zunächst noch schwache Rauch, wurde von den Hausbewohnern nicht beachtet, da man ihn für den vom Wind niedergedrückten Däferqualm hielt, erst, als die hellen Flammen im Zimmer aufzuleuchten, wurde man auf die Gefahr aufmerksam. Zum Glück war ein Schloßer zur Hand, der mit Gewalt in die Wohnung eindrang und die drei Kinder in Sicherheit bringen konnte.

Mit dem Tode bestrafster Dieb. Der Großkäthner S. in Groß-Münzel bei Hannover hatte dieser Tage ein seftiges Schwein geschlachtet. Einer seiner Nachbarn erstickte Abends den kleinen Raum, der die beiden Gewebe trennt, nahm das Schwein vom Haken, lud es auf seinen Rücken und ging elend fort. Der Dieb hatte mit der schweren Last glücklich die Höhe des Raumes erreicht, dann aber verlor er das Gleichgewicht und stürzte vorn über. Während nun das Schwein auf der einen Seite hing, war das Krummholz so unglücklich unter den Hals des Diebes geraten, daß dieser elend erstickte musste. In dieser entsetzlichen Lage wurde er am anderen Morgen tot aufgefunden.

Lokales.

Posen, 9. Februar.

* **Feuer.** Gestern Abend 5 Uhr waren im Grundstück Gr. Gerberstraße Nr. 25 Holzstüke und Dachspalten etc., welche über dem Rauchfang einer Schmiedewerkstatt lagerten, in Brand geraten. Von der alarmierten Feuerwehr wurde der Brand mit einigen Eimern Wasser bald gelöscht.

r. **Vakante Stellen für Militärwanter.** Im Bezirk des V. Armeekorps: Zum 1. Mai d. J. bei der kaiserlichen Postagentur Gr. Königstr. 3 die Stelle eines Landpoststrägers, mit 650 M. Gehalt und 60 M. Wohnungsgehalt; Bewerbungen sind an die Kaiserliche Ober-Postdirektion Pregitz zu richten. — Sofort beim Kreisbauschuß Grünewald die Stelle eines Bureauangehörs mit 75 M. monatlich; die Stelle ist nicht pensionsberechtigt. — Zum

1. April d. J. beim Magistrat von Görlitz die Stellen von drei Polizeisergeanten; während der Probezeit je 75 M. Diäten, alsdann Gehalt von 1000 M. jährlich und Dienstkleidung; das Gehalt

steigt von 3 zu 3 Jahren um 100 M. bis zum Maximalbetrag von 1600 M.; ferner batant sofort die Stellen von zwei Polizei-Reverschreibern mit je 900 M. Gehalt und Dienstkleidung; Auftrüden in eine Polizeisergeanten- oder Bureau-Assistentenstelle; die Pensionierung erfolgt erst durch Auftrüden in eine Polizeisergeantenstelle, wobei die bis dahin zurückgelegte Dienstzeit angerechnet wird; ferner vakant die Stellen von zwei Boten mit je 900 M. Gehalt, welches von 3 zu 3 Jahren um 100 M. bis zum Höchstbetrage von 1300 M. steigt; auch kann das Auftrüden in eine Polizeisergeantenstelle erfolgen; die Pensionierung erfolgt erst durch Auftrüden in eine Polizeisergeantenstelle. — Sofort beim Amtsgericht Hoyerswerda die Stellen von zwei Kanzleigehilfen mit 5-6 Pf. Schreibgebühr für die Seite. — Sofort beim Amtsgericht Hoyerswerda die Stellen von zwei Kanzleigehilfen mit 5-8 Pf. Schreibgebühr für die Seite. — Zum 1. April d. J. beim Magistrat von Löwenberg die Stelle eines Polizeidieners und Vollziehungsbeamten, mit 600 M. Gehalt und freier Wohnung im Werthe von 60 M.; bei der Pensionierung wird die zurückgelegte Militärdienstzeit nicht angerechnet. — Zu jeder Zeit beim Amtsgericht Rostock in die Stelle eines Kanzleigehilfen mit 5-8 Pf. pro Seite; monatlicher Verdienst ca. 45-60 M. — Sofort beim Magistrat von Löwenberg die Stelle eines Kanzlei- und Registratur-Assistenten mit 600 M. pro Jahr; die Stelle ist nicht pensionsberechtigt. — Sofort beim Amtsgericht Muskau die Stelle eines Lohnschreibers mit 5 Pf. für die Seite Schreibwerk, voraussichtlich 30-50 M. monatlich; der Schreiblohn kann auf 8 Pf. erhöht werden. — Zum 1. März d. J. bei der Staatsanwaltschaft Posen die Stelle eines Gefangen-Ausschreibers mit 900 M. jährlich und freier Dienstwohnung oder Witterungsabschaltung; das Einkommen steigt in Dienstaltersstufen bis 1500 M. Gehalt jährlich. — Sofort beim Magistrat von Briesen die Stelle eines Polizei- und Stadt-dieners, mit 252 M. Gehalt und Nebenkosten; die Stelle ist nicht pensionsberechtigt. — Sofort beim Amtsgericht Seidenberg (O.-L.) die Stelle eines Kanzleigehilfen mit 5-10 Pf. pro Seite, durchschnittlich etwa 70-90 M. pro Monat. — Zum 1. März d. J. beim Magistrat von Spotta u. die Stelle eines städtischen Thurmwächters, mit 270 M. Gehalt, freier Wohnung und Deputatzahl im Werthe von 80 M., außerdem 100 M. jährlich für Aushilfe und Vertretung; bei der Pensionierung wird die zurückgelegte Militärdienstzeit nicht mit angerechnet.

Telephonische Nachrichten.

und dem Reichsrath baldigst einen Gesetzentwurf wegen der Sicherstellung des Baues vorzulegen. Der Landtag erklärte von Neuem seine Bereitswilligkeit, soweit die Finanzmittel des Landes es zulassen, das Unternehmen auch materiell zu unterstützen. Ferner genehmigte der Landtag das Statut für die zu gründende Landesfunktionsbank.

Prag. 8. Febr. Bei den Ergänzungswahlen des Großgrundbesitzes wurden Graf Ledebour und Graf Heinrich Clam-Martinitz aus der fidelförmittätschen Gruppe, sowie Kombald, Pollak und Freiherr Besner aus der nichtfidelförmittätschen Gruppe zu Landtagsabgeordneten gewählt.

Rom. 8. Febr. Heute begann der Prozeß gegen den Direktor des "Popolo Romano" Chauvet, und fünf andere Angeklagte wegen Zollhinterziehung zu Gunsten eines Handlungshauses.

Rom. 8. Febr. Wie der "Agenzia Stefani" aus Rio de Janeiro als verbürgt mitgetheilt wird, soll die italienische Regierung nicht geneigt sein, die Aufständischen als kriegsführende Partei anzuerkennen.

Paris. 8. Febr. Dem heutigen Ministerrath wurde eine Depesche des Gouverneurs vom Senegal mitgetheilt, in welcher eines Gerichts Erwähnung geschieht, wonach eine leichte Kolonne in einiger Entfernung von Timbuktu von Tuaregs überfallen worden ist. Einzelheiten fehlen. In Timbuktu selbst scheint vollständige Ruhe zu herrschen. Das Ministerium hat nähere Mittheilungen eingesordert. — Der Ministerrath beschäftigte sich ferner mit der Frage der Einlagerung und zeitweiligen Zulassung von Getreide unter Zollverschluß. Wie verlautet, wird eine Verordnung erlassen werden, nach welcher Getreide aufzereuropäischen Ursprungs beim Eingange in Zollschlager einen Zollzuschlag bezahlen soll, um der zeitweiligen Zulassung theilhaftig zu werden. Der Finanzminister Burdeau wird heute eine Vorlage einbringen, durch welche die zollfreie Einlagerung von Getreide auf ein Jahr beschränkt wird.

Paris. 8. Febr. [Deputirtenkammer.] Die Diskussion über die Vorlage, betreffend die Erhöhung der Getreidezölle, wird auf Sonnabend festgelegt. Der Deputierte Faberot (Sozialist) interpelliert über die Schließung der Arbeiterschule, die er ungesehnt findet und eine Herausforderung der Arbeiter nennt. Der Deputierte Dervilleers versichert, die Sozialisten wollten die Gesellschaft umgestalten, nicht aber sie abschaffen. — Der Anarchist Biltz, welcher bei Gelegenheit der Faschingsfeste mit einem Revolver auf die Menge schoß, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Nach den nunmehrigen Feststellungen sind bei dem Eisenbahnglück bei Compiègne drei Personen getötet, ein Russe, ein Österreicher und ein junges Mädchen. 10 Personen sind verletzt, darunter drei lebensgefährlich.

Paris. 8. Febr. Präsident Carnot empfing heute die Delegirten zur internationalen Sanitätskonferenz. Der Präsident derselben, Barrière, stellte die Mitglieder der Konferenz vor. Präsident Carnot hielt eine Ansprache, in der er sagte: Ich dankt Ihnen für Ihren Besuch und bin glücklich, Sie im Namen Frankreichs begrüßen zu können. Sie sind hierher gekommen, um eins jener großen Vertheidigungswerke der Menschheit gegen Feinde, welche Sie bedrohen, zu schaffen, und beweisen dadurch, was die Einigkeit und die Solidarität der zivilisierten Völker im gemeinsamen Interesse vermögen. Frankreich schlägt sich glücklich, in diesem Jahre der Schauplatz dieser gemeinschaftlichen Arbeit der Diplomatie und der Wissenschaft zu sein und Sie werden bei uns die herzlichste Gastfreundschaft finden. Der österreichisch-ungarische Delegirte Baron von Kueffstein dankte dem Präsidenten Carnot im Namen seiner Kollegen.

London. 8. Febr. Die Königin ernannte den Oberbefehls-haber der ägyptischen Armee, Kitchener Pascha, und den gerichtlichen Rathgeber des Khedive, J. Scott, zu Rittern des Ordens von St. Michael und St. George.

Washington. 8. Febr. Das amerikanische Kriegsschiff "Pearl" ist am 2. Februar beim Riff Moncada im Antillenmeer gescheitert. Offiziere und Mannschaft sind gerettet.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der "Pos. Btg."

Berlin, 9. Februar, Morgens.

In der Berliner medizinischen Gesellschaft widmete am Mittwoch Abend Professor Virchow dem dahingestiegenen Kollegen Professor Billroth ehrende Worte. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen. Aus Münster i. Westfalen wird gemeldet: Gemeinhardt Kosten, Direktor der westfälischen Provinzial-Augenklinik, ist gestorben.

Die Hamburger Damppfer "Adolf Wöhrmann" und "Sonderbaum", beide von Hamburg nach Lagos unterwegs, sind an der westafrikanischen Küste gestrandet, nähere Einzelheiten fehlen.

Das Befinden des Zaren hat sich so weit verbessert, daß er im Lehnsstuhl sitzend sich mit Regierungs-geschäften befassen kann.

Neben einem Eisenbahnunfall wird aus Petersburg gemeldet: Unweit Batum erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und mehreren leeren vom Winde getriebenen Waggons. Gegen 30 Personen wurden verletzt. Nach weiteren Meldungen sind von den Verletzten vier gestorben.

Paris. 9. Febr. Der Deputierte Michelin brachte einen Antrag ein, den 1. Mai gesetzlich als nationalen Festtag einzuführen.

Nachrichten aus Santiago melden, daß eine Anzahl Balmacedisten verhaftet worden. Der Belagerung stand ist proklamirt.

Dundee. 9. Febr. Der Civillord der Admiraltät Robertson hob in seiner Rede hervor: England befindet sich bezüglich der fertigen oder zur Inspektion bereiten Kreuzer in vortrefflicher Lage, aber die auswärtigen Nationen hätten auf ihren Werften eine größere Zahl Schiffe als England. Man müsse sofort Maßregeln treffen, das Regierungsprogramm derart zu entwerfen, daß England die Stellung gegenüber den anderen Nationen nicht verlieren. Das Marinebudget sei nur auf die Ausgaben des laufenden Jahres berechnet, die Regierung habe jedoch ihr Programm, welches geheim bleibe, damit die übrigen Mächte sich nicht nach England richten könnten.

Christiania. 9. Febr. Der Storting nahm in geheimer Sitzung die Vorlage der Regierung an, nach welcher die Branntweinsteuer von 160 Daler auf 190 Daler per Liter reinen Spiritus und die Malzsteuer von 17,1 Daler auf 21,1 Daler erhöht wird. Die Zölle werden ebenfalls entsprechend

erhöht. Die Erhöhung soll sofort in Kraft treten und bis zum 30. Juni dauern.

Handel und Verkehr.

** **Berlin.** 8. Febr. [Wochen-Wollbericht.] Der Abzug von unseren Lägern ist ein im Ganzen zufriedenstellender geblieben und dürften gegen 1400 bis 1500 Br. der verschiedensten Wollgattungen deutschen Produkts ihren Besitzer gewechselt haben. Nehmer waren vornehmlich Tuch- und Stofffabrikanten in Quedlinburg, der Laufst. etc., doch soll auch ein großer Kammwollen nach dem Königreich Sachsen begeben worden sein. In der Preislage der einzelnen Sorten ist eine Aenderung nicht eingetreten; derlei ist gegenwärtig ja auch ein so wichtiger, daß nicht nur der dringendste Konsum gedeckt, sondern schon vielfach für späteren Bedarf vorbereitet wird. Von Schmuckwollen, die andauernd bestehen bleiben, fanden die geringen Einlieferungen fortgesetzt schlank Unterkommen. Von überzähligen Londoner Notrungen verlaufen worden sein. Letztere zeigten sich im Verlaufe der Auktion gegen den Beginn ziemlich gut behauptet. Von den sonstigen Stapelsläden lagen bemerkenswerthe Nachrichten nicht vor. Erwähnen wollen wir nur, daß Breslau im abgelaufenen Monat seine Bestände um 800 Zentner Rückenwollchen und 1000 Zentner Schweißwollen ermäßigte, wobei die gezahlten Preise sich auf bisheriger Basis hielten.

** **Danzig.** 8. Febr. Die Einnahmen der Marienburg-Malwafer Eisenbahn betrugen im Monat Jan. 1894 nach provisorischer Feststellung 158 800 M. gegen 135 500 M. nach provisorischer Feststellung im Januar 1893, mithin mehr 23 300 M.

** **Aachen.** 8. Febr. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsraths der Aachener Diskonto-Gesellschaft wurde beschlossen, der auf den 3. März einzuberuhenden Generalversammlung eine Dividende von 6 $\frac{1}{2}$ Prozent vorzuschlagen. Ferner soll wegen Ausdehnung des Kundenvermögens das Aktienkapital um 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark erhöht werden; den Aktionären sollen auf je 6000 Mark Aktienkapital 1000 Mark neue Aktien angeboten werden.

** **Hamburg.** 8. Febr. Der Aufsichtsrath der Norddeutschen Textil-Spinner und Weberei schlägt die Vertheilung einer Dividende von 6 Prozent vor.

** **Leipzig.** 8. Febr. Die Leipziger Bank wird — bei erhöhten Abschreibungen — wie im Vorjahr 6 Prozent Dividende vertheilen. — Die Leipziger Feuerversicherungsanstalt schlägt, wie im Vorjahr, eine Dividende von 720 M. vor.

** **Wien.** 8. Febr. Ausweis der Südbahn in der Woche vom 1. bis 7. Februar 681 769 Fl., Mehreinnahme 8 787 Fl.

** **Bradford.** 8. Febr. Wolle seiter, ruhig; englische stetig; Colonialwolle eher schwächer. Garne thätiger, Preise unverändert; in Stoffen mehr Geschäft.

Bromberger Seehandlungs-Mühlen.

vom 15. Februar 1894.

(Ohne Verbindlichkeit)

Weizen-Fabrikate

Gries Nr. 1 . . .	13	20	Mehl 00 gelb Band	9	80
do. = 2 . . .	12	20	do. 0 (Griesmehl)	6	60
Kaiserauszugmehl . . .	13	60	Zuttermehl . . .	5	20
Mehl 000 . . .	12	60	Kleie	4	40
do. 00 weiß Band	10	20			

Metereologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 66 mm Seehöhe.	Wind	Wetter	Temp. Grad.
8. Febr.	748,7	NW sturmisch	zieml. heiter ¹⁾	+ 8,8
8. Febr.	751,5	W sturmisch	halb heiter ²⁾	+ 5,1
9. Febr.	754,8	W stark	wolkig	+ 2,6
1.) Von 8-9 Uhr starke Regenschauer.		2.) Nachmittags 6 $\frac{1}{2}$, Uhr schwacher Regen.		
		Niederschlagshöhe in mm am 8. Febr. Mittags 2 Uhr: 4,0		
Am 8. Febr.	Wärme-Maximum + 9,8° Gel.			
Am 8. =	Wärme-Minimum + 4,5°			

Wasserstand der Wärts.

Posen, am 8. Febr. Morgens 1,08 Meter

= Mittags 1,08

= Morgens 1,12

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Kass. Banknoten 219,75, Gieseit Gement 94,50, 4proz. Ungarische Kronenleihe 91,00, Preßlauer elektrische Straßenbahn 125,00.
London, 8. Febr. (Schlußkurse.) Ruhig.
Engl. 2¹/₂ proz. Consols 99¹/₂, Preußische 4proz. Consols —, Stolzen. 5proz. Rente 73¹/₂, Lor. Reiten 9¹/₂, 4proz. 1¹/₂ 89 Russen (II. Serie) 100¹/₂, s. b. Türken 2¹/₂, österl. Silber. —, österl. Golbrente —, 4proz. u. g. Golbrente 2¹/₂ 4proz. Spanier 63¹/₂, 3¹/₂ proz. Egypter 98¹/₂, 4proz. unif. Egypter 101¹/₂, 4¹/₂ proz. Tribut-Anl. 102¹/₂, 4proz. Mexikaner 62¹/₂, Ottomanbank 14¹/₂, Canada Pacific 72¹/₂, De Beers neue 14¹/₂, 4proz. Ruhees 57¹/₂, 4proz. fund. arg. A. 62¹/₂, 4proz. arg. Golbrente 64, 4¹/₂ proz. äuf. do. 40, 4proz. Reichsdeutsche —, Griech. 81er Anleihe 31, do. 87er Monopol-Anleihe 34, 4proz. Griechen 1889er 24¹/₂, Bras. 89er Anl. 59, Plakatloren 2¹/₂, Gilber 29¹/₂. Wechselnotierungen: Deutsche Blätter 20,61, Wien 12,72, Paris 25,29, Petersburg 25¹/₂.

Paris, 8. Febr. (Schlußkurse.) Behauptet.

Wien, amortis. Rente 98,02¹/₂, 4proz. Rente 98,05, Italiener 5proz. Rente 74,05, 4proz. ungar. Golbrente 94,81, III. Orient-Anleihe 69,40, 4proz. Russen 189¹/₂, 57,45, 4prozent. unif. Egypter —, 4proz. span. ö. Anleihe 63¹/₂, s. b. Türken 23,55, Türken-Loose 106,50, 4prozent. Türk. Prioritäts-Obligationen 1890 475,25, Franzosen 637,50, Lombarden 241,25, Banque Ottomane 606,0, Banque de Paris 628,00, Banq. d'Escompte 20,00, Rio Lmde. 362,50, Suezkanal-A. 2693,00, Creb. Lyon 776,00, B. de France —, Lab. Ottom 419,00, Wechsel a. dt. Bl. 122¹/₂, Londoner Wechsel I. 25,18¹/₂, Chéq. a. London 25,20¹/₂, Wechsel Amsterdamer I. 206,37, do. Wien 41,198,00, do. Madrid I. 408,00, Meridional-A. 516,00, Wechs. a. Italien 13, Robinton-A. 120,62, Portugiesen 19,92, Portog. Tabaks-Obligat. 340,00, 4proz. Ruhen 84,45 Privatdiskont 2¹/₂.

Frankfurt a. M., 8. Febr. (Effekten-Sozietät.) [Schluß.] Österreich Kreditaktien 290¹/₂, Franzosen —, Lombarden 90¹/₂, Ungh. 50¹/₂, Gotthardbahn 151,60, Diskonto-Kommandit 178,30, Dresdenr. Bank 35,10, Berliner Handelsgesellschaft 132,00, Bochumer Gußstahl 127,50, Dortmundr. Unto. St.-Br. 59,50, Gesenktürke 144,80, Harpener Verw. 135,80, Hibernia 115,50, Laurahütte 119,40, 4proz. Portugiesen —, Staatsliche Mittelmeerbahn 77,30, Schweizer Centralbahn 114,70, Schweizer Nordostbahn 104,30, Schweizer Union 76,20, Staatliche Werbinaur 104,70, Schweizer Simplonbahn 54,50, Nord. Lloyd —, Mexikaner 60,50, Italiener 74,60, fest.

Hamburg, 8. Febr. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörsche.) Kreditaktien 289,75, Lombarden 217,50, Diskonto-Kommandit 178,00, Russische Noten 218,75, Nord. Bank —, Italiener 74,75, Deutsche Bank —, Laurahütte —, Badefahrt —, Dresdner Bank —, Abgeschwächt.

Petersburg, 8. Febr. Wechsel auf London 93,40, Wechsle a. Berlin 45,70, Wechsel auf Amsterdam —, Wechsel auf Paris —, Italiener 101¹/₂, do. 111. Orientanleihe 102¹/₂, do. Bank für ausländ. Handel 351, Petersburger Diskonto-Bank 474, Warschauer Diskonto-Bank —, Petersb. Internat. Bank 496, Russ. 4¹/₂ proz. Röderkreditbriefe 162¹/₂, Gr. Russ. Eisen-enabang 273¹/₂, Russ. Südwestbahnen-Alten 112.

Rio de Janeiro, 7. Febr. Wechsel auf London 9¹/₂.

Buenos-Aires, 7. Febr. Goldago 249,00.

Bremen, 8. Febr. (Börse-Schlußbericht.) Raffiniertes Petroleum. (Offizielle Notierung der Bremer Petroleumbörse.) Ruhig. Loto 4,85 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loto 40 Pf.

Cotton. Fester. Short clear middl. loco 36¹/₂, Februar-Abladung 36¹/₂.

Schmalz. Fester. Wilcox 40¹/₂, Pfg., Armour shield 40 Pf., Cuban 41¹/₂ Pf., Rose u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 35 Pf.

Tabak. Umsatz 170 Seronen Carmen.

Wolle. Umsatz: 125 Ballen.

Hamburg, 8. Febr. Börsenmarkt. (Schlußbericht.) Ruhig-

Rohzucker I. Produkt Wachs 88 nGf. Rendement neue Ünanc. frei an Bord Hamburg ver. Febr. 13,05, ver. März 13,07¹/₂, p. Mai 13,20, ver. Sept. —, Ruhig.

Hamburg, 8. Febr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos ver. März 81, ver. Mai 79¹/₂, ver. Sepbr. 76, ver. Dez. 72. Unregelmäßig.

Paris, 8. Febr. (Schlußbericht.) Kaffee fest, 88 Proz. loto 35,50, — Weißer Käfer weich, Nr. 8 ver. 100 Kilo gr. ver. Febr. 37,75, ver. März 58,87¹/₂, ver. März-Juni 39,12¹/₂, Mai-August 39,25.

Paris, 8. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, ver. Februar 20,90, März 21,10, ver. März-Juni 21,80, ver. Mai-August 21,70, — Roggen ruhig, ver. Februar 14,60, ver. Mai-August 14,90, — Weiz. ruhig, ver. Februar 43,90, ver. März 44,10, ver. März-Juni 44,60, Mai-August 45,30, — Rübs. matt, ver. Febr. 58,75, ver. März 58,50, ver. März-Juni 57,50, p. Mai-August 56,00, — Spiritus ruhig, ver. Febr. 26,50, ver. März 36,50, ver. März-April 36,75, p. Mai-August 37,50, — Wetter: Wt. de.

Gavre, 8. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork löslos mit 15 Points Balfe.

Rio 9,000 Sac, Santos 2000 Sac Rezzettes für gestern.

Gavre, 8. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, v. März 101,00, ver. Mai 98,75, p. Sept. 94,00, Ruhig.

Antwerpen, 8. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinates Type weiß loto 12¹/₂ bez. und Br. per Febr. 12 Br., März-April 12¹/₂ Br., ver. Sept.-Dez. 12¹/₂ Br. fest.

Antwerpen, 8. Febr. Getreidemarkt. Weizen behauptet.

Roggen flau. Hafer flau. Gerste ruhig.

Amsterdam, 8. Febr. Getreidemarkt. Weizen ver. p. März 149, ver. Mai 151. Roggen ver. März 108, ver. Mai 109, ver. Juli 111, p. Oktober 116. Rübs. p. Mai 23¹/₂, Herbst 23¹/₂.

Amsterdam, 8. Febr. Java-Kaffee good ordinary 52¹/₂.

Amsterdam, 8. Febr. Bancazzin 44.

London, 8. Febr. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten.

Wetter: Heiter.

London, 8. Febr. Chilli-Kupfer 41¹/₂, p. 3 Monat 41¹/₂.

Glasgow, 8. Febr. Hoboken. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 43 lb. 5¹/₂, d.

Liverpool, 8. Febr. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle.

Umsatz 10,000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 1500 Ballen. Fester.

Widdi. amerikan. Lieferungen: Febr.-März 4¹/₂ Wertz, März-April 4¹/₂ Wertz, April-Mai 4¹/₂, Wertz, Mai-Juni 4¹/₂ Wertz, Juni-Juli 4¹/₂ Wertz, Juli-August 4¹/₂ Wertz, August-Sept. 4¹/₂ Wertz, Sept.-Oktober 4¹/₂ d. do.

Liverpool, 8. Febr. (Offizielle Notrungen.) Amerikaner good ordinary 4, do. low middling 4¹/₂, Amerikaner middl. 4¹/₂, do. good middling 4¹/₂, do. middling fair 4¹/₂, Bernam fair 4¹/₂, do. good fair 4¹/₂, Ceara fair 4¹/₂, do. good fair 4¹/₂, Egyptian brown fair 4¹/₂, do. do. good fair 4¹/₂, do. do. good 5¹/₂, Peru rough fair —, do. do. good fair 5¹/₂, do. do. good 5¹/₂, do. do. good rough fair 4¹/₂, do. do. good fair 5, good 5¹/₂, do. smooth fair 4¹/₂, do. do. good fair 4¹/₂, W. G. Broad good 4¹/₂, do. fine 4¹/₂, Dholera good 3¹/₂, do. fully good 3¹/₂, fine 3¹/₂, Domra good 3¹/₂, do. fully good 3¹/₂, do. fine 4, Scinde good fair —, do. good 3¹/₂, Bengal fully good 3¹/₂, do. fine 3¹/₂.

Newyork, 7. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in New York 8, do. in New-Orleans 7¹/₂. Petroleum steigt, do. in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do. rohes 6,00, do. Petroleum certif., ver. März 81. Schmalz Western steam 77,77, do. Rohe u. Brothers 8,05, Mais p. Febr. 42, do. p. März 42¹/₂, do. ver. Mai 43¹/₂, Father Winterweizen 65¹/₂, do. Weizen ver. Febr. 64¹/₂, do. Weizen ver. März 64¹/₂, do. Weizen p. Mai 67¹/₂, do. Dez. 73¹/₂, — Getreidefracht nach Liverpool 2¹/₂, — Kaffee farr Rio Nr. 7 17¹/₂, do. Rio Nr. 7 p. März 16,02, do. Rio

Nr. 7 p. Mai 15,57, — Mehl Spring clears 2,10, — Zucker 2¹/₂, — Kupfer loto 9,75.

Chicago, 7. Febr. Weizen ver. Febr. 58¹/₂, ver. Mai 62¹/₂.

— Mais ver. Febr. 34¹/₂, — Spec short clear nom., Pork ver. Febr. 12,30.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 9. Febr. Wetter: Schön.

Hamburg, 8. Febr. Salpeter loto 8,77¹/₂, März April 8,65. Ruhig.

Newyork, 8. Febr. Weizen ver. Febr. 64¹/₂ C., ver. März 65 C.

Berliner Produktemarkt vom 8. Februar.

Wind: NW., früh + 8 Gr. Raum., 754 Mm. — Wetter: Windig.

Die auswärtigen Berichte von gestern lauten allgemein recht ungünstig, und man hat denselben hier anfänglich auch info-welt Rechnung getragen, als die Käufer zurückhaltend blieben und ihre Gebote zumeist ermäßigt. Da sich aber zeigte, daß Abgeber nur spärlich vertreten waren, so haben jene ihre Reserven bald aufgegeben, und der weitere Verlauf des Marktes war dann durchgängig ganz gegen Erwartungen recht fest. Wetter ein und Roggen gegen bis zu 1¹/₂ Mark höher als gestern und Hafer fast sogar bis zu 1¹/₂ Mark angezogen, wobei Sommergerste bevorzugt waren. Für letzteren Artikel bestand umfangreiches Deduktionsbedürfnis, was dagegen die beiden ersten anbelangt, so scheint die Befürchtung, daß auf das gegenwärtige milde Wetter Frost folgen könnte, von Einfluß gewesen zu sein.

Roggengemehl auf laufenden Monat etwas höher, blieb im Nebenr. nur behauptet.

Rübs. war etwas matter, während Spiritus sich gegen gestern nicht verändert hat.

Weizen loco 135—147 Mark nach Qualität gefordert, April 144—144,25 M. bez., Mai 145—145,50 M. bez.

Roggengemehl loco 120—126 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 123 Mark auf Bahn bez., April 126,75 bis 127,25 M. bez., Mai 127,75—128,25 M. bez.

Mais loto 112—120 M. nach Qualität gefordert, Mai 106,50 M. bez., Juni 107 M. nom., Juli 107,50 M. nom., Sept. 108,75 M. nom.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 107—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loto 135—176 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreußischer 138—160 M., do. pommerischer, untermärkischer und mecklenburgischer 139—160 M., do. oberschlesischer 139—160 M., seiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 162—172 M. ab Bahn bez., Mai 134,75—136 bis 135,75 M. bez., Juni 134,50—135,50 M. bez., Juli 134,50 bis 135,50 M. bez.

Erbse Kochware 160—195 M. per 1000 Kilo nach Qualität, Zitterware 139—163 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Butterware 215—230 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,00—17,75 M. bez., Nr. 0 und 1: 16,00 bis 17,00—14,00 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,00 bis 15,25 M. bez., Februar 16,00 M. bez., Mai 16,50 M. bez., Juni 16,60 M. bez., Juli 16,75 M. bez.

Rübs. loto ohne Faz. 45,2 M. bez., April—Mai 45,9 bis 45,8 M. bez., Mai 46 M. bez., Oktober 46,5 M. bez.

Petroleum loto 18,40 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loto ohne Faz 52,3 M